

Volke-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Angabe

werden d. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52.

Bezugspreis

Im Falle monatlich bei zweimaliger Anlieferung, 20 Mark, vierteljährlich 60 Mark, durch die Post 60 Mark, einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. In allen Zeitungsverkäufen unter Angabe der Zeitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt., Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt., Nr. 11333, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 358.

Halle, Sonnabend, den 2. August.

1919.

Preussische Vorschläge an Polen.

WTB. Berlin, den 1. August. Der preussische Minister des Innern hat an den obersten polnischen Beamten in Polen durch französische Bevollmächtigte den Entwurf eines Vertrages über die Internierung von Gefangenen über die deutsche und die preussische Regierung bereit, alle diejenigen, die außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens aus Anlaß der Erhebung verhaftet worden sind, einschließlich der mit der Waffe in der Hand Gefangenen in kurz aneinanderfolgenden Staffeln schrittweise zu entlassen, falls volle Gegenseitigkeit unter beiderseitiger Kontrolle angenommen und angeordnet wird. Von deutscher und nach zuverlässigen Nachrichten auch von polnischer Seite sind bereits Entlassungen in großen Umfang angeordnet worden. Ueber Annahmeerklärung der weichen Straftaten aus Anlaß der polnischen Erhebung von Gefangenen ist man mit der polnischen Regierung zu verhandeln bereit. Soweit Gegenseitigkeit verbürgt wird, können die im gerichtlichen Strafverfahren Verurteilten in Freiheit gesetzt werden. Schließlich haben die deutsche und die preussische Regierung vorgeschlagen, die Vollstreckung von Todesstrafen auf beiden Seiten sofort anzuflehen.

Eine Rede Paderewskis.

WTB. Warschau, 1. August. Im polnischen Parlament gab Paderewski Erklärungen über den Friedensvertrag mit Deutschland ab und teilte mit, daß Polen durch Abänderung des Vertrages 1000 Quadratkilometer verliere, aber 60 000 Polen gewinne. Er führte weiter über die Rechte der nationalen Minderheiten aus, daß Polen von selbst den Minderheiten Rechte zugesichert hätte. Die Internationalisierung der Weichsel konnte nicht verhindert werden, weil die Entente alle Flüsse der Welt internationalisieren wollte. Er wandte sich dann gegen die pessimistische Beurteilung der polnischen Politik und sagte: Wir haben der Entente nicht viel geholfen, sondern die polnischen Flüchtlinge, denen man bisher in Polen wenig Dank wisse. Er schloß: Wir brauchen hunderttausend Mann und gute Beziehungen mit allen unseren Nachbarn. Wir wollen keinen Krieg und wünschen uns Frieden nach oben, damit wir dasheim am Wiederaufbau arbeiten können.

Wichtige Staatspapiere gestohlen.

WTB. Frankfurt a. M., 2. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Auf der Fahrt von Hamburg nach Frankfurt a. M. wurden zwei Mitglieder der Weichselkommission im überfüllten Zug die Koffer, die sie zum mitreisenden Soldaten zur Verfügung übergeben hatten, von diesen gestohlen. Die Koffer enthielten außer Formularen mit dem Stempel der Kommission 'Walo' sehr wichtige Papiere und Dokumente über die Küllieferung von Maschinen an Belgien und Frankreich.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

WTB. Antwerpen, 2. August. Auf der gestrigen Nachttagung des Kongresses legte die amerikanische, warum die deutsche und die österreichische Delegation, sich an der Morgensitzung des Kongresses nicht beteiligen wollten, die Engländer Sellenbach oder Hueber eine Stelle im Bureau angeboten hätten. Der Vorsitzende stellte fest, daß Legien nicht um das Wort bitte und daß daraus entnehmend angenommen werden müsse, daß Legien der Ansicht ist, daß die Gründe dafür von ihm bereits dargelegt worden seien. (Weisfall der deutschen Delegation.)

Bei der Wahl Subsegrafs und Timmens zum Sekretär des Kongresses des Bureaus ernannten sich die deutschen Delegierten der Wahlkommission. Zoubow erklärte sich mit seiner Wahl zum ersten Vizepräsidenten einverstanden. Zu Delegierten der verschiedenen Völkergruppen im Bureau wurden gewählt für Nordamerika: Samuel Compens für Mittel- und Südamerika: Maronix-Mexico für England und seine Kolonien: William für Belgien, Frankreich und Luxemburg; du Moulin für Italien, Spanien und Portugal; Caballero.

Bezüglich der Gruppe Deutschland und Deutsch-Oesterreich erklärte Hueber, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen auf dem Kongress die beiden Delegationen die Beschäftigung darüber, ob sie einen Delegierten für das Bureau ernennen, die nach der Tagung der Delegierten in Belgien und Wien stattfinden wollen.

Hierauf wurde die von der 2. Kommission unterbreitete Resolution angenommen. In dieser Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß der Internationale Gewerkschaftskongress in Antwerpen die Paragrafen des Arbeitsgesetzes, die in den Friedensvertrag aufgenommen wurden, nicht als Ausdruck der Forderungen der Arbeiterklasse aller Länder anerkennen könne. In einzelnen werden die Unterschiede, die zwischen den Paragrafen des Arbeitsgesetzes in Friedensverträge und dem von den Internationalen Gewerkschafts-Organisationen gebilligten Berner Programm vom Februar 1919 bestehen, dargelegt. Diese Unterschiede betreffen:

- 1. Die Arbeit von Kindern und Jugendlichen.
2. Frauenarbeit. Hierbei wird bemerkt, die Tatsache, daß diese Frauen mit dem Internationalen Kongress in

Washington vorgelegt werden soll, beweist, daß das Berner Programm nicht beachtet worden ist.

- 3. Die Abschließung der wöchentlichen ununterbrochenen Ruhezeit von mindestens 32 Stunden auf 24 Stunden im Friedensvertrag.
5. Heimindustrie.
6. Das Vereinsrecht.
7. Arbeit von Ausländern, wobei bemerkt wird, daß der Friedensvertrag über die von der Berner Konferenz geforderte Aufhebung der Einwanderung verbietenden Bestimmungen schweigt.

Deutschland und die Heimkehr der Gefangenen.

Berailles, 2. August. (Eig. Drahtnachricht.) In der gestrigen Sitzung des Obersten Ausschusses der Wiederaufbaukommission, in der auf interalliiertem Wege Minister Loucheur den Vorsitz führte, nahm der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich Freiherr v. Berner Gelegenheit, die Entente-Regierungen nochmals zu bitten, endlich die Frage der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen in Angriff zu nehmen. Minister Loucheur versprach, dem Ministerpräsidenten Clemenceau umgehend von dem Entschluß des Präsidiums der deutschen Friedensdelegation Kenntnis zu geben.

Lieferung von Erz aus Frankreich?

Berailles, 2. August. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern fand eine Besprechung zwischen den deutschen Bevollmächtigten für die Ausführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages einerseits, sowie dem französischen Minister Loucheur und dem französischen Sachverständigen andererseits über die Frage der Lieferung von Mangan und Erz aus Bolivien und Frankreich nach Deutschland statt. Die Frage der künftigen Lieferung von Mangan wird von der mächtigsten Steigerung unserer Kohlenförderung abhängig sein. Gelingt es, unsere Kohlenförderung auf einen höheren Stand zu bringen, so dürfte nach der Auffassung der deutschen Bevollmächtigten damit zu rechnen sein, daß eine Unterbrechung in der Manganlieferung nicht eintreten und sich eine Verständigung mit Frankreich bezüglich der Lieferung von Mangan für eine weitere Zukunft erzielen läßt.

Französisches Todesurteil.

WTB. Mainz, 2. Aug. Das hiesige französische Kriegsgericht hat den 23jährigen Sumpfgüter Heinrich Humann aus Goheltau zum Tode verurteilt, weil er bei einem Zusammenstoß zwischen Sumpfgüter und französischen Besatzungstruppen auf die Franzosen scharfe Schüsse abgegeben haben soll. In seinem Befehl wurde ein Revolver vorgefunden, doch bestreitet Humann, damit beschossen zu haben.

Die neue Regierung in Budapest.

Einsetzung des rumänischen Vormarsches. Frankfurt a. M., 2. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die Frankfurter Zeitung meldet über Wien aus Budapest: Nach dem Austritt der ungarischen Sowjetregierung trat in Budapest um 5 Uhr nachmittags der erste Ministertrat an, um zunächst eine in französischer Sprache abgefaßte Rundgebung an alle Nationen zu beschließen. Das Privattelegramm wurde wieder hergestellt. In dem Manifest wurde dem Wunsch nach Frieden mit allen Nationen Ausdruck gegeben. In der Stadt herrscht Ruhe. Die erste wichtige Aufgabe der neuen Regierung ist es, den Vormarsch der rumänischen Truppen zum Stehen zu bringen. Die große Gefahr besteht, daß sie bereits heute Abend in Budapest einrücken. Welcher hat sich nach Wien begeben, um bei der Entente vorstellig zu werden, daß sie der rumänischen Armee die Wegung erteilt, jetzt, wo in Ungarn eine Regierung eingesetzt worden sei, die die Wünsche der Nation zu betriebligen in der Lage ist, den Vormarsch einzustellen. Wie veranlagt, haben die Rumänen auf den Befehl der Entente gestern nachmittag 4 Uhr ihren Vormarsch gegen Budapest eingestellt.

Lahmgelegter Verkehr in Basel.

WTB. Basel, 2. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Der Generalstreik hat das gesamte Verkehrsnetz lahmgelegt. Die Zeitungen erscheinen nicht. Die deutsch-schweizerische Grenze ist bei Bözberg für den allgemeinen Verkehr gesperrt. Bei den blutigen Zusammenstößen mit dem Militär wurden vier Personen getötet und eine große Zahl verletzt. Die Lage hat sich weitaus verschärft. In Zürich hat der Generalstreik heute begonnen und man befürchtet eine Ausdehnung auf die ganze Schweiz.

Alle Kriegsgefangenen bis 1. Oktober zurück!

Zürich, 2. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Der Vertreter der 'Neuen Zürcher Zeitung' berichtet seinem Blatte, daß bis zum 1. Oktober der Rücktransport sämtlicher Kriegsgefangener aus allen Verbandsstaaten beendet wäre.

WTB. Berlin, 1. August. Nach dem 'Bot. Anz.' sind die ersten deutschen Kriegsgefangenen aus französischen Lagern, 198 Mann, darunter acht Offiziere, im Lagerzug von Konstanz kommend, in Basel eingetroffen.

Nach dem Parteitage.

Die Kulturfragen.

Von Dr. Walter Schreiber (Halle). Mitglied der Preussischen Landesversammlung. III.

Die hohe Bedeutung der Kulturfragen für unsere gesamte nationale Entwicklung kann nicht besser dargestellt werden, als es durch das vorzeitige Referat Friedrich Naumanns auf dem Parteitage geschah. Es darf nicht sein, daß der Rückgang unserer Wirtschaft, die Verarmung des deutschen Volkes an materiellen Gütern, die eine der schmerzlichen Folgen dieses unglücklichen Krieges sein wird, eine Verarmung auch an kulturellen Gütern, eine Hemmung der sittlichen Entwicklung unseres Volkes nach sich zieht. Es wird eine der dringlichsten und leider wohl die schwierigste Aufgabe der Zukunft sein, die sittliche und moralische Verbesserung der Nation zu betreiben, die Krieg und Kriegswirtschaft in einem Teile unseres Volkes herbeigeführt haben, zu heilen und an Stelle der durch die Revolution verursachten Neigung zu Eigenmächtigkeit und gewalttätigen Übergriffen und an Stelle der in weiten Kreisen lebenden Arbeitslosigkeit das Gefühl für Rechtssittigkeit und Verantwortungsliebe wieder herzustellen.

Wie es die Aufgabe der Sozialpolitik ist, die verschiedenen Berufsgruppen des Volkes zu einer fruchtbar mit einander arbeitenden Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuführen, so ist es die hohe Aufgabe der Kulturpolitik, alle deutschen Stämme, alle Deutschen zu einer unzerrenlichen Volksgemeinschaft zusammenzuschweißen. Eine deutsche Kultur gilt es aufzubauen, die nicht diejenige einzelner Stände, Klassen oder Konfessionen ist, sondern eine solche, die wuzgehindert in gesundem Volkstum und Heimatempsfinden, unter Zurückstellung aller bisherigen Trennungen alle Deutschen auf dem Boden der Würdlichkeit vereint.

Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Kulturpolitik nicht wie bisher Sache der Einzelstaaten bleiben darf, sondern daß das Reich ihre einheitliche Führung gewährleisten muß. Mit ernster Sorge erfüllt es daher den Parteitag, daß Zentrum und Sozialdemokratie mit ihrem Schlußprogramm am Werke sind, die notwendige Einheitlichkeit der deutschen Schule in Atome zu zerlegen. Wie kann noch von einer Volksgemeinschaft und einer einheitlichen Kulturentwicklung die Rede sein, wenn in jeder Gemeinde evangelische, katholische, jüdische, interkonfessionelle, weltliche und, was wohl ist, sonst noch für Schulpläne neben einander bestehen! Das hiesige die Schulgemeinschaft der Jugend gereizten, die Kinder auf ganz bestimmte Weltanschauungen festlegen und ihnen das sie Trennende täglich aus Neuen vor Augen führen. Das hiesige aber auch eine Wahn besetzt, die letzten Endes dazu führen müßte, schon die Kinder auf den Parteitagspunkt ihrer Eltern einzustellen und die Schulen nach und nach zu Parteiantalten herabzuwürdigen.

Dieses Schlußprogramm, bei dem die Sozialdemokratie zum Schaden unseres Volkes dem Wachspruch des Zentrums vollkommen erlegen ist, mußte den schärfsten Widerspruch der deutschen Demokraten herausfordern. Es ist lächerlich zu sagen, diese selbst seien an dem Kompromiß schuld, weil sie aus der Regierung ausgetreten seien. Eine derartige Entschuldigend der Sozialisten zeigt nur deren rückwärtige Hilflosigkeit gegenüber dem sehr viel gewandteren Zentrum. Die Sozialisten hätten ja, wenn sie sich ohne die Demokratie keine verlässliche politische machen verheßen, nicht eine solche treiben lassen, die diese um Austritt aus der Regierung und umliehen, sondern Sozialdemokratie und Zentrum. Im übrigen bleibt zu hoffen, daß der energische Widerspruch der einflussreichen Kulturminister und der deutschen demokratischen Partei das Schlußprogramm noch in letzter Stunde zu umgestalten, daß es für das deutsche Volk erträglich wird.

Es bedauerlich bleibt es in jedem Falle, daß das Zentrum die Not unseres Vaterlandes zu durch die Durchsetzung seiner konfessionellen Wünsche rücksichtslos ausnützt. Nicht genug damit, daß es die beiden Konfessionen gemeinsame Simultanschule zu Falle bringt, bereitet es beständig in Ober- und am Rhein die Lösung weiterer Anteile von Preußen mit seinem anderen Ziele, als dort Staaten mit katholischen Wechseltönen ins Leben zu rufen und in diesen konfessionell und parteipolitisch zu herrschen. Das alles wird freilich unter dem Vorworte betrieben, daß nur so die Stimmung der dortigen Bewohner für Deutschland erhalten oder gewonnen werden könnte. Das wird inoffen niemand überzeugen. Die Macht und der Einfluß der katholischen Gesellschaft ist so groß, daß sie auf ohne solche Schenkungen mit Erfolg für das Deutschtum wirken könnten, wenn sie nur geneigt wäre, wie wir anderen die nationalen Interessen über die eigenen der Konfession zu stellen.

Wenn wir die Spaltung des Volkes in Konfessionen nicht wünschen, so ist es selbstverständlich, daß wir die Aufrechterhaltung der alten Klassenunterschiede, die durch unser bisheriges Schulsystem begünstigt wurde, noch viel weniger

